

Das Soziale und das Asoziale

In dem Essay *Die große Wanderung* bemerkt Hans Magnus Enzensberger, dass die Menschen persönlich überaus großzügig und gern bereit sind zu helfen. Sobald es aber um das Gemeineigentum geht, sind sie schnell neidisch und misstrauisch und unterstellen dem anderen, dass er mehr bekommt, als ihm zusteht, und sie selbst entsprechend zu wenig. Auf Sozialstaatsbashing folgt Sozialstaatsaffirmation. Es gibt immer Momente, wo der allgemeine Schutz vor Untergängen dieser Welt mit einer Art Dankbarkeit empfunden wird, wie in der jüngsten Finanzkrise, als sich die Deutschen beglückwünschen konnten, dass der Sozialstaat existentielle Folgen für den Einzelnen abhielt. Dann wieder beherrschen fundamentale Zweifel am Erfolg und am Sinn sozialstaatlicher Leistungen schubartig die Öffentlichkeit. In periodischen Abständen tauchen sie auf den Frontseiten der Boulevardpresse auf: die Transferparasiten am Strand von Florida, die lustlosen Hartz-IV-Empfänger bei einer Fortbildungswoche auf Teneriffa, die verstockten Schulschwänzer auf dem therapeutischen Segeltörn, die Intensivtäter, die Drogenabhängigen, die trotz Methadonsubstitution weiter Drogen konsumieren. Dann muss schnell eine Novelle her, um Missbrauch zu bekämpfen.

Auf der politischen Ebene im Bundestag wird bei Sozialstaatsdebatten die Sinnfrage bevorzugt als Missbrauchsfrage abgehandelt. Aber der Missbrauchsstreit ist selbst eine Verschleierung: Die Beträge, um die es da geht, sind marginal. Immerhin: Wenn der Missbrauchsstreit auch nur die Oberfläche betrifft, ist es eben die Oberfläche eines Legitimationszerfalls, der nicht abnimmt sondern sich verstärkt. Und etwas ist bei der Missbrauchsfrage auf jeden Fall nicht marginal: dass die Missbrauchsverhütung exponentiell wachsende Kontrollmechanismen und -institutionen und ein ausuferndes Unwesen von Begutachtung und Absicherung produziert.

Die Fälle der Misere von Tätern und Opfern, die die Öffentlichkeit aufwühlen, die Intensivtäter, die Drogenabhängigen, die Trebegänger, die minderjährigen Mütter, die ihr Baby töten – alle diese Fälle werden gerade nicht in der dunklen Naturseite der Gesellschaft entdeckt. Diese Täter und Opfer sind umstellt von Maßnahmen, Hilfeangeboten, Betreuung, Kontrollen. Es sind alles Fälle mit Fallgeschichten. Sie leben in einer vom Staat generierten Wirklichkeit, verwahrlost durch ein System von Überversorgung und Unterversorgung. An diesen Fällen erweist sich, dass die Sozialstaatswelt und nicht die Lebenswelt das Bild von Wirklichkeit bestimmt: Allein das Versagen der Ämter und nicht das viel beunruhigendere Versagen der Familien, Nachbarschaften und des Gemeinwesens kommt zur Erscheinung.

Dann stehen schlagartig die Professionellen und ihre Zuständigkeiten im gnadenlosen Blitzlicht der Öffentlichkeit. Wer in dieser Sphäre arbeitet oder wer die Agenten des Transfers, die Sozialarbeiter, Pädagogen, Psychologen

oder Mediziner kennt, wird mit Unruhe das wachsende Maß an Bitterkeit und Zynismus beobachten können. Doch die Brisanz solcher Reaktionen dringt nicht nach oben, nicht in die Sozialwissenschaften, Lobbys, Planungsstäbe, Öffentlichkeiten: Es gibt einen Abgrund zwischen wissenschaftlicher Empirie und realer Erfahrung.

Übrig bleibt die routinierte Entrüstung über die soziale Kälte des Neoliberalismus, doch gleichzeitig trifft man durchaus auch bei sozialdemokratischen Stadträten, linken Sozialarbeitern oder grünen Haushältern auf ähnliche Positionen – vorausgesetzt, man distanziert sich vom Neoliberalismus im Allgemeinen. Vor allem an der vordersten Front der sozialstaatlichen Umsetzungen hört man genau diesen Ton des klammheimlichen Aufbegehrens gegen die soziale Sinnlosigkeit der Transferoutine. Hinter dem Schleier der Entrüstungs- und Abwehrreflexe zeigt sich, wie sehr die Sozialstaatswelt von Gefühlen der Ohnmacht und Aussichtslosigkeit beherrscht ist.

Mit der Frage nach dem sozialen Sinn der staatlichen Zuwendungen berühren wir das geheime Zentrum, das schwarze Loch unserer sozialstaatlichen Wirklichkeit, und es saugt alle Legitimation auf. Es geht nicht nur darum, dass für einige Intensivtäter zu viel Geld ausgegeben wird und womöglich eine schnelle und drastische Jugendgerichtsbarkeit eher sinnvoll wäre; es geht auch nicht darum, dass ganze Berufsgruppen dem Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Tuns ausgeliefert sind und in den Burn-out flüchten – bedrohlich ist vielmehr, dass sich das schwer erträgliche Oxymoron staatlich gepamperter Anomien entwickelt hat.

Solange Wohlfahrt gewissermaßen als ein Nebenprodukt von Wohlstand behandelt werden konnte, durfte der Sozialstaat mit Konsens rechnen, wenn die Problemkinder der Gesellschaft mit Geld, Therapien, Zuwendungen und Hilfen versorgt wurden. Der Anspruch an Sozialverhalten und Solidarität, den die Menschen üblicherweise an sich selbst stellen, konnte auf den Staat projiziert werden, der sie von den Mühen der Empathie entlastete, sofern sie nur die Gewissheit hatten, dass etwas geschieht. Aber in den letzten Jahrzehnten ist die Gesellschaft aus ihrem mit Mythen geschmückten Volksheim aufgewacht und hat eine Reihe ungemütlicher Tatsachen zur Kenntnis genommen: die extrem hohe Staatsverschuldung; der demographische Faktor, der den Generationenvertrag in Frage stellt; die Belastung durch die Finanzierung der deutschen Einheit, mit der Folge von Spardruck und wachsenden Gesundheitskosten. Wenn der Gemeinbesitz öffentlicher Mittel nun knapp wird, wird es zum wachsenden Legitimationsproblem des Staates, wenn für die sozial zerrüttete Unterschicht Geld ausgegeben wird und nicht einmal die Verantwortlichen mehr an den Sinn des Transfers glauben.

Der etablierte Sozialalarmismus macht die Dinge nicht besser. Wie einst der periodische Bericht vom Waldsterben gibt es die routinemäßigen Meldungen vom Wachsen der Armut beziehungsweise der Kinderarmut. Eine Branche fest mit der Soziallobby verbundener Sozialwissenschaftler hat sich auf diese Alarmmeldungen spezialisiert und verstärkt sie auch gern mit den Hinweisen auf die Gefahr von rechts; und spezialisierte Redaktionen von Rundfunk und Fernsehen rufen dafür immer dieselben Bildfolgen, Inter-

viewpartner und Tonlagen der Sprecher ab. Mit dem Tremolo latenter Verzweiflung wird die alleinerziehende Mutter mit ihren Kindern vorgestellt, die dann sagt, sie wisse nicht, wie sie unter diesen Bedingungen den Kindern ein Weihnachtsgeschenk kaufen könne.

Was soll man auch von einem Sozialsystem halten, das kontinuierlich das Bild erzeugt, völlig vergeblich die Hälfte des Bundeshaushaltes zu verbrauchen. Und wer ein bisschen mehr weiß, dem ist auch bekannt, dass 97 Prozent der sozialen Leistungen gesetzlich festgelegt sind; dass trotz aller Sparreden die soziale Angebotspalette expandiert; dass bei Eingliederungs-, Wohnungshilfen und Hilfen zur Erziehung ein Rechtsanspruch besteht und oft auch Einzelfallsgerechtigkeit gefordert wird mit der Folge überproportionaler Wachstumsraten. Dem steht eine Unterschicht gegenüber, die ihre ganze geistige Energie darauf verwendet zu wissen, was ihr Recht ist, was ihr zusteht, und die sich ansonsten allen sozialen Zielen verweigert. Das Absahnen staatlicher Gelder als Lebensmaxime strahlt aus. Auch in den Mittelschichten hat wohl jeder Bekannte, die sich auf ein Leben mit einer Patchworkfinanzierung aus Hartz IV und Schwarzarbeit eingerichtet haben.

Die Sozialpolitik in ihrem steten Bemühen, ihre eigenen Frustrationen mit der Unterschicht zu maskieren, hat sehr erfolgreich den Neologismus »bildungsferne Schichten« geprägt. Wenn man schon Bildung als Differenzkriterium einsetzen will, dann muss von bildungsfeindlichen Schichten die Rede sein. Tatsächlich geht es um eine Kultur, in der Bildungsferne nur ein Symptom unter vielen ist, in der die Menschen überdurchschnittlich häufig chronische Krankheiten haben und an Übergewicht leiden; in der ein Mann, der mit seiner Exfrau ein Kind hat, darin einen Grund sieht, arbeitslos zu bleiben. Es ist eine Kultur, in der ein Vierundzwanzigjähriger erst mittags aus dem Bett kommt und die Restzeit mit der Playstation verbringt. Obwohl er nicht kochen kann, verlangt er vom Staat eine Wohnung, weil er zu Hause nicht mehr toleriert wird und lehnt empört ein Einzelzimmer in einem Heim ab. Es ist eine Kultur des demonstrativen Konsums, die oft aufrechterhalten wird auf der Basis einer absurden Verschuldung. Aber dann wartet da schon die Schuldnerberatung.

Sicher ist, dass die Unterschichtkultur nicht Folge des Elends, sondern das Elend Folge der Unterschichtkultur ist. Noch vor etwas mehr als einer Generation sah das anders aus. Der Bochumer Stadtsoziologe Klaus Peter Strohmeier hat festgestellt, dass in den siebziger Jahren keine signifikante Korrelation zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit nachzuweisen ist. Ihm zufolge gab es eine »Kultur des Borgens«, das heißt Notgemeinschaften von Familienverbänden und Nachbarschaften, die über die Arbeitslosigkeit hinweghalfen. »Sozialvertrauen« kennzeichnete die Beziehung.

Ohne hier Kausalitätsfragen zu klären, kann festgehalten werden, dass der Zerfall des Sozialvertrauens und der Kultur der Notgemeinschaften zeitlich parallel erfolgte mit der Wende der Sozialpolitik in den siebziger Jahren, durch die die Leistungen des Sozialstaats verrechtlicht wurden, gesetzliche Ansprüche entstanden, neue »Bedarfe« definiert und neue Angebote entwickelt wurden, die die Inanspruchnahme von Sozialhilfe entdiskriminierten

und verstetigten. Der Gang zum Sozialamt erbrachte nun eine Hilfe, die bequemer und verlässlicher war als Hilfen durch Familie oder Nachbarschaft, die von sozialem Druck und kritischen Augen auf die Lebensführung begleitet wurden. Um ein veraltetes Wort zu benutzen: Es gab Pflichten. Gegenüber dem Staat jedoch gibt es nur Rechte.

Im April 2010 wird in Berlin ein Temposünder geblitzt. Damit begann die Maserati-Affäre. Als die Polizei entdeckte, dass der Luxuswagen dieses Schnellfahrers ausgerechnet auf Betriebskosten der Treberhilfe Berlin gGmbH fährt, fiel unvermittelt der breite Lichtkegel der Öffentlichkeit auf einen weiteren Schattenbereich des Sozialstaates: der riesige Markt der Sozialunternehmen. Das überschuldete Berlin gibt 2,2 Milliarden mindestens aus an konkurrierende Sozialunternehmen. In diesem Fall musste die amtierende Sozialsenatorin von der Linkspartei gestehen, dass sich die genaue Ausgabenhöhe nicht ermitteln lässt: An zehntausend freie Träger hat der Staat die Fürsorge für Familien, Senioren, Alleinerziehende, Obdachlose, Behinderte, Überschuldete und Migranten übertragen.

Im Brennglas des Skandals taucht eine Unternehmerpersönlichkeit auf, Hans-Harald Ehlert, »der König der unteren Zehntausend«. Sein Gehalt mit 332 000 Euro übersteigt bei weitem das der Kanzlerin; er wohnt in einer großen Villa am Schwielowsee, die zugleich als Schulungszentrum der Treberhilfe dient. Die Sozialsenatorin kündigt die sofortige Überprüfung der Verwendung der Entgelte an. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Untreue. Doch dann wird allmählich sichtbar, dass es sich um einen dynamischen, einfallreichen, vitalen Unternehmer handelt, der bei Bezirksämtern und Senat geachtet und beliebt ist, nicht zuletzt, weil er nicht wie die vergrämten Chefs der anderen freien Träger und Wohlfahrtsverbände das soziale Elend miterschleppt, sondern den Optimismus eines gut geführten Dienstleistungsunternehmens ausstrahlt. Zwei Fragen beherrschen die Öffentlichkeit: Woher stammt der Profit, und wo liegt der Schaden?

Es handelt sich um einen Kapitalismus, bei dem der Markt, in dem die Gewinne realisiert werden, der Staat ist. Auch die allgemeine Auftragslage ist durch den Staat garantiert. Es handelt sich bei Ehlerts Treberhilfe um die Hilfen zur Erziehung, auf die die Betroffenen einen Rechtsanspruch haben. Der Gewinn ist das Entgelt pro Kopf pro Tag, zumeist etwas mehr als hundert Euro. Der moderne Sozialunternehmer muss in der Logik des Systems einen möglichst hohen Umsatz von Klienten haben, um Profit zu machen. Die Höhe des Entgeltes wird in Berlin durch eine Vertragskommission ausgehandelt, die mindest sechs Mal im Jahr tagt. In ihr sind vertreten: die Wohlfahrtsverbände, die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Betroffenenverbände, Bezirke und Senat. In der Kommission gibt es keine Mehrheitsentscheidungen, das heißt der gesetzliche Auftragsgeber kann nicht bestimmen, wie viel er ausgibt. Entschieden wird nach dem Konsensprinzip. Innerhalb eines schwer bestimmbareren Rahmens unterliegen die staatlichen Verhandler, wenn ihnen die Vertreter der freien Träger vorrechnen, dass ihre Unternehmen erst ab dieser oder jener Mindesthöhe der Entgelte überleben können. Und das können die freien Träger allemal.

Die Vertragskommission definiert Standards für Hilfsangebote, bei denen Sachkosten, Fortbildung etc. der freien Träger eingerechnet werden. Wird das Entgelt festgesetzt, dann bleibt es den Trägern und ihrem Geschick überlassen, inwieweit sie Kosten senken. Von Ehlert ist bekannt, dass er häufig Personen in Ausbildung anstellte und damit Tariflöhne unterlaufen konnte. Aber viel wichtiger ist eine andere Profitquelle: Der erfolgreiche Sozialunternehmer muss eine hohe Auslastung seiner Einrichtungen anstreben; mehr noch, er muss Angebote ersinnen, die sichere und hohe Auslastungsquoten versprechen. Das heißt aber: Er ist dann erfolgreich auch im Sinne des Staates, wenn er seine Klientel hält oder vermehrt und wenn er neue Klientelgruppen aufspüren kann. Sozialdienstleistungen hecken Sozialdienstleistungen, Entgelte hecken Entgelte.

Das bedeutet wiederum, dass es zur Logik der unternehmerischen Sozialdienste gehört, eine wachsende Abhängigkeit sozialer Schichten von staatlichen Leistungen voranzutreiben. Während die älteren Sozialarbeiter in der öffentlichen Verwaltung immer mehr am Sinn der Maßnahmen zweifeln, weil die sozialen Probleme nicht gelöst werden, sondern wachsen, sind die zumeist jüngeren Sozialarbeiter in den Sozialunternehmen wiederum von diesen Zweifeln frei. Ihr Ziel ist ja vor allem der Erfolg des Unternehmens, und das heißt Chronifizierung und Ausweitung der Klientel. Die Angestellten werden zu Komplizen der Klienten und sind letztlich bereit, alle sozialpolitischen Zielsetzungen aufzugeben, wenn es darum geht, die Klienten, den Rohstoff für die Entgelte, zu behalten. Sie arbeiten zusammen mit dem Klienten Hilfepläne aus, über deren intellektuellen Standard dann in den Bezirksämtern weidlich gelästert wird. Aber wenn die Fachbegriffe einigermaßen stimmen, muss genehmigt werden: »Selbst wenn der Hilfeplan von der Sache her abgelehnt werden müsste, genehmigen wir, denn vor dem Sozialgericht verlieren wir immer. Die jungen Sozialrichter entscheiden immer für den Betroffenen.«

Welche Verläufe bei dieser Komplizenschaft zu beobachten sind, demonstriert in Berlin die Geschichte der Drogensubstitution. Vor zwanzig Jahren wurden für etwa dreihundert harte Fixer ein Projekt entwickelt mit Methadonsubstitution, Therapie und flächendeckender psychosozialer Betreuung. Man war überzeugt, dass das aufwendige Projekt innerhalb von zwei Jahren den Klienten clean machen kann. Dann stellte man fest, dass die Klienten einen Nebenkonsum, Alkohol und Kiffen, hatten, und man sagte: Hauptsache es bleibt bei der Substitution. Dann stellte man fest, dass die Klienten sich doch immer wieder einen Schuss setzen, und da sich auch das nicht verhindern ließ, sagte man: Besser es geschieht im Projekt. Und so diskutierte man, wie man den Originalstoff Heroin in Reinform verabreicht, ob in Höchst- oder Mindestdosierung. Am Ende haben sich nicht die Klienten, sondern nur die Betreuungsdienste verändert. Die Zahl ihrer Angestellten ist rasant angestiegen. Ein Dienst hat mit einem Praktikanten angefangen, und er hat jetzt zweihundert Mitarbeiter, die dafür sorgen, dass es kein Ergebnis gibt.

Vor einem solchen Hintergrund wird verständlich, warum Ehlert in den

Bezirksämtern und in der Politik geschätzt wurde. Seine Professionalität entsprach der Gesetzesidee, und er war genial in der Erfindung von Angeboten für neue »Bedarfe«, weshalb die Bezirke selbst auch eine erfolgreiche Obdachlosenarbeit vorweisen konnten. Die Obdachlosen freilich bleiben obdachlos. Er erfand soziale Dienste mit Namen wie »Helpline Team«, »Aktiv«, »Mobil«, »Spektrum«. Das ganze System wirkt wie eine ständige Modellierung der Unterschichtlebensform für staatliche Maßnahmen. Derart münden aktuelle sozialstaatliche Zielsetzungen und Moden der Betroffenheit in Trägerangebote. Die Priorität der Bildungsförderung bringt Schulversager, ADS-Gestörte, Schulschwänzer in den Fokus und löst entsprechende öffentlich legitimierte Angebote der Träger aus. Die Priorität der Familienpolitik produziert Angebote bis ins pränatale Stadium. Es gehört zur Professionalität der Träger, ein ständiges Screening der Defizite der Unterschicht zu betreiben, wenn sie ihre Marktposition behalten wollen. De facto ist das die Umkehrung von Solidarität im Namen von Solidarität: Prämiert wird nicht die Rückkehr in die gesellschaftliche Lebenswelt, sondern das Ausscheiden. Das Elend wird gefördert, dann das ist der Markt der Sozialunternehmen, und der muss, wie jeder Markt, wachsen.

Ein Seitenlicht der Maserati-Affäre fällt auf das Paradox der Sozialstaatsstadt Berlin. Die Hauptstadt ist von gigantischen Schulden bedroht und beherbergt allein 20 Prozent Hartz-IV- und Transferempfänger (Bundesdurchschnitt ist 8 Prozent), leistet sich aber trotzdem einen überdimensionierten Sozialstaat, dessen Dienstleistungsangebot alle anderen Bundesländer bei weitem übertrifft. Allein für Kinder gibt der Senat doppelt soviel aus wie die vergleichbaren Stadtstaaten Hamburg und Bremen (über 4000 Euro pro Kind pro Jahr). Die Bekämpfungsinstrumente gegen das Elend sind so attraktiv, dass sie das Elend anziehen: Nicht nur die Treberhilfe akquirierte Klienten in Brandenburg, auch die kommunalen Ämter in Cottbus oder Prenzlau schlagen im Zweifelsfall gern vor, sich an Berlin zu wenden, weil es da die adäquaten Angebote gibt. Dieser Expansionsmechanismus hat den Charakter eines Selbstzerstörungsapparates.

Auch das politische System selbst ist in die Expansionslogik eingemeindet. Obwohl Berlin über ein hervorragendes Netz sozialer Dienste verfügt und insbesondere bei den aktuellen Themen Familie, Integration und Unterstützung von Kindern aus den »bildungsfernen« Schichten eine fast lückenlose Betreuungsdichte aufweist, gibt es schlechterdings keine politische Instanz, die sagen kann: Wir haben genug. Im Gegenteil: Da die Innenpolitik vor allem über den Transfer ihr soziales Engagement nachweist, braucht sie nur auf die verlässlichen Stichworte der Armutsexperten zu warten, um aktiv zu werden. Wird wieder einmal wachsende Kinderarmut festgestellt, dann kommt prompt die kleine Anfrage: Was tut der Senat eigentlich angesichts ... Kein Ressort kann darauf antworten: Wir haben schon etwas getan. Denn inzwischen hat garantiert einer der zehntausend freien Träger ein soziales Problem entdeckt, für das es noch kein Hilfeangebot gibt. Und so wird wieder etwas getan, zur Verzweiflung der Fachebene in den Ressorts.

Dass diese zerstörerische Entwicklung nicht die Berliner Öffentlichkeit

alarmiert, weist auf eine totale Absenz von Gemeinsinn hin. Oder vielleicht anders: Der Sozialstaat hat alles das, was Gemeinsinn ausmacht, in sich aufgesaugt. Die Verhältnisse sind durch die politische Korrektheit abgesichert. Wer einen kleinen Schritt in eine »natürliche« Richtung befürwortet – also dass eine arme Kommune sich keine reichen Sozialangebote leisten kann –, wird sofort als sozial kalt, rassistisch und asozial abgestempelt.

Die meisten soziologischen Sozialstaatsanalysen schicken eine Standardfloskel voran, mit der sie sich von jedem Sozialstaatsbashing distanzieren. Aber immer ist das Desaster im Hintergrund ihrer abstrakten Begrifflichkeit erkennbar, selbst bei Apologeten des Sozialstaats. Wenn man sich nicht zufrieden gibt mit der Analyse der »Bedarfe« und ihrer sozialstaatlichen Antwort, sondern konsequent die sozialen Folgen zu ermitteln versucht, dann ist das Bild so verheerend, wie es die genannten Beispiele zeigen. Dass damit »nichts Neues« gesagt wird, ist zumeist der Vorwurf gegen jede tiefgehende Kritik. Natürlich kann nichts Neues gesagt werden, da man es mit Evidenzen zu tun hat. Die werden nur nicht im Medium der öffentlichen Sprache aufgenommen, weil wiederum die sozialstaatliche Optik die soziale Wirklichkeit beherrscht. Die Frage, wie verändert sich die Gesellschaft, wenn der Staat in ein soziales Problem Geld steckt, wird immer von der Frage beiseitegeschoben, ob und wie der Staat für die Gesellschaft Geld in ein soziales Problem transferiert. Der Transfer ist im Prinzip schon die Lösung, bis zum nächsten Problem, das wiederum Transfer erfordert.

Tatsächlich bedeuten die unzähligen sozialen Dienstleistungen vor allem, dass die Unterschicht in Maßnahmen, Projekte, Therapien, Hilfepläne aufgesplittert wird und sich keine Unterschichtskultur verdichten kann. Es findet eine Art Verstaatlichung der Unterschicht statt, durch die an Stelle sozialer Beziehung staatlich generierte Verhältnisse treten. Der Staat kompensiert die Lebensrisiken, die durch die Individualisierung und Zerrüttung der Familiensolidarität entstanden sind und macht die Betroffenen in ihrem leeren Tageslauf abhängig von der Alimentierung. Oder wie es ein Berliner Sozialarbeiter sagte: »Es wird unendlich viel Geld ausgegeben, nur um zu verschleiern, dass man diese Leute einfach nicht braucht.«

Vergisst man die sozialen Folgen, dann kann man insbesondere in der Sozialstaatsstadt Berlin sehr viele vorbildliche, anregende und in sich schlüssige Projekte besichtigen. Und, um diese Seite wenigstens zu erwähnen, man wird auf einen beeindruckenden Einsatz von Energie, Engagement, Phantasie und Erfahrungsreichtum bei Mitarbeitern und Initiatoren der sozialen Projekte stoßen. In dem großen Plattenbaustadtteil Marzahn hat ein Träger der evangelischen Kirche eine »ganze Platte« für Mutter- und Kind-Einrichtungen, genannt »Mukis«, genutzt. Es geht um Mütter oder Väter, die nicht mit ihren Kleinkindern klarkommen. Diese Betreuung ist zwar keine Pflichtaufgabe des Staates mehr, wird aber so gehandhabt, sobald nur im Entferntesten das Wohl des Kindes gefährdet sein könnte. Insbesondere sollen minderjährige Mütter betreut werden, denen Wohnungen angeboten werden mit ständiger Präsenz von Sozialarbeitern, Therapeuten, ärztlichen Kontrollen. Innerhalb des Hauses können sie in weniger intensiv betreute

Wohnungen wechseln, wenn sie besser mit ihren Problemen klarkommen. Eine feste Frist wird nicht gesetzt, aber man geht davon aus, dass eineinhalb Jahre ausreichend sein sollten.

Diese Häuser und Wohnungen nehmen genau die Stelle ein, die früher Nachbarschaften und Familienverbände hatten. Dort wurde eine minderjährige Mutter schlecht behandelt und diskriminiert, aber man bot etwas Entscheidendes: Erfahrungswissen, Handlungsanweisungen, Präsenz von Müttern und Verwandten, die sagten, was zu tun ist und was nicht; was eine Schwangerschaft bedeutet und was ein Baby verlangt. Mit dem Zerfall des Familien- und Generationenverbandes ist auch der Wissenstransfer abhanden gekommen. Und nun kommen die jungen Mütter in »Einrichtungen«, die ihnen ein Maß an Betreuung, Fürsorge, Anteilnahme und gehobener Ausstattung bieten, das sie kaum je wieder erreichen werden, wenn man sie ins »normale« Leben entlässt.

Es geht hier nicht um die Kritik an der Symptombehandlung. Solche Symptome wie die Krise einer minderjährigen Mutter müssen behandelt werden; umso besser, wenn es gelingt. Aber wenn sich der Staat derart einschaltet in die Lebensgestaltung von Kindesbeinen an, dann muss auch die Frage gestellt werden, welche Lebensform er mit öffentlichen Geldern fördert. Im Grunde honoriert gerade die beste Kinderbetreuung die Lethargie, die Bequemlichkeit, den Alkoholismus, den Egoismus und die Asozialität von Eltern und Großeltern. Je umfassender der Staat sich beispielsweise um minderjährige Mütter kümmert, desto konsequenter wird die Familie von jeder Verantwortung entbunden. Mit anderen Worten: Es werden Steuergelder benutzt, um Soziopathen zu prämiieren. Der Sozialstaat verdrängt keineswegs die Naturseite der Gesellschaft, sondern inkorporiert sie. Das alles hat eine Dynamik, bei der die Agenturen der Erkenntnis, die Forschung, hinterhinken.

Auch wenn es hier nicht um Problemlösung, sondern um die Folgen von Problemlösungen geht, soll doch zur Klärung ein Vorschlag kurz erörtert werden. Es wäre nur zu logisch, dass bei jeder sozialstaatlichen Dienstleistung die Verantwortung und die Pflichten der Familien und Verwandten geklärt werden. Wer sich nicht um seine pflegebedürftigen Eltern oder um die minderjährige schwangere Tochter kümmert, müsste gezwungen werden können, seine Gründe darzulegen, und gegebenenfalls eine finanzielle Kompensation zu leisten. Das ließe sich systemimmanent rechtfertigen. Es wäre keine ungerechte Belastung der »Ärmsten der Armen«, die immerhin die reichsten Armen aller Zeiten sind, sondern ein Akt der sozialen Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler.

Aber natürlich ist das nicht durchsetzbar, weil die konkrete Hilfeleistung vom freien Träger betrieben wird, der als Privatunternehmer kein Mandat hat, Verantwortung und Pflichten gegenüber der Gesellschaft mit Sanktionen durchzusetzen. Die öffentliche Verwaltung wiederum kann im Verhältnis zum freien Träger nur Hilfen verweigern oder genehmigen. So wachsen denn auch diese sozialen Dienste, die schon aus professionellen Gründen immer mehr Routine gewinnen, die Risiken, Probleme und Zäsuren im Leben

wie Geburt und Sterben für die Unterschichtsangehörigen abzufangen.

Der Zerfall der familiären Verantwortung, die Prämierung sozialpathologischen Verhaltens, die schlechte Prognose für Kleinkinder trotz hochqualifizierter Betreuung zeitigen ein Phänomen, das jeder Sozialarbeiter kennt, das aber für eine statistische Recherche offenbar nicht wichtig genug genommen wird: Es mehren sich Klienten, die inzwischen in dritter Generation von Sozialhilfe beziehungsweise vom Transfer leben. Das Bild ist leider keine Karikatur: die Familie mit mehreren Kindern, die sich selbst und ihren elektronischen Geräten überlassen sind, dazwischen jede Menge Tiere, Flachbildschirm und I-Phones – es ist zum ersten Mal in der Geschichte eine signifikante Zahl von Haushalten entstanden, die nicht mehr daran interessiert sind, dass es ihren Kinder einmal besser ergeht. In den »bildungsfernen Schichten« setzt sich die Meinung durch, dass der Staat schon sorgen wird. Nachdem die materielle Ratio des Familienverbandes, die Alterssicherung, durch die staatliche Grundversorgung und die Hilfeangebote weggefallen ist, gibt es keine anderen starken Motive für eine familiäre Solidarität. Das ist nichts anderes als ein Kulturzusammenbruch von epochaler Dimension.

Alle natürlichen Wendepunkte und Einschnitte im Leben wie Geburt, Erziehung, Reife, Alter und Tod – Ereignisse, an denen die Menschheit ihre Gestaltungskraft, ihre Riten, Erzählungen, Opfer und Feste entwickelt hat – versanden in einer immerwährenden, von Langeweile und Suche nach dem »Kick« erfüllten Gegenwart. Dazu gehört, dass die Anzahl der anonymen Beerdigungen sprunghaft ansteigen. In Berlin hat sich die Zahl in den letzten Jahren auf 40 Prozent verdoppelt. Man will ja niemandem zur Last fallen, das ist der Spruch, der besagt, niemand soll mir gefälligst zur Last fallen. Vielleicht gehören diese Phänomene zu den Symptomen der Dekadenz reicher Industriestaaten. Aber es ist evident, dass der Sozialstaat diese Tendenz des Kulturzerfalls und der Asozialisierung auf vielfältige Weise unterstützt.

Seit langem hat sich in der Welt der Sozialdienstleistung herumgesprochen, dass es nicht der Geldmangel ist, der das heutige Elend beherrscht. Es ist der kulturelle Zerfall, aus dem sich der Bedarf an Hilfeangeboten speist. Armut wird daher jetzt als Bildungsferne definiert. Die These von der Notwendigkeit der Bildung hat eine selbstreferentielle Evidenz. Selbstverständlich sind gut gebildete Kinder mit »Migrationshintergrund« zumeist gut integriert. Selbstverständlich sind gebildete Familien stabiler und entsprechen besser familienpolitischen Zielen. Also ergibt sich der Pleonasmus: Gut gebildete Menschen sind integriert, daher integriert gute Bildung. Bildung verwandelt sich in eine höhere Form der Sozialpolitik, es muss »in Bildung« investiert werden.

Diese Sozialpolitisierung von Bildung erscheint uns normal, weil wir seit Jahrzehnten an die Hegemonie des Sozialen gewöhnt sind. In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts stand das Attribut »sozial« für eine umfassendere Beziehung auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Phänomene. Sozialpsychologie, Sozialpsychiatrie, Sozialpädagogik, Sozialgeschichte – all das waren Wissenschaftsbegriffe, die mit dem »Fachidiotentum« brachen. Allerdings wurde die Inflation des Sozialen von einer durchaus opti-

mistischen gesellschaftspolitischen Grundstimmung ausgelöst. Es stand nicht nur eine radikale Änderung der Gesellschaft bevor, es würde auch eine Änderung zum Besseren sein. Dieser Glaube verschwand schon vor der Wiedervereinigung: Sozialpolitik löste die Gesellschaftspolitik ab.

Eine Gesellschaftspolitik muss ihre Vorstellung von der künftigen Gesellschaft zur Diskussion stellen, wenn sie ihre Interventionen legitimieren will. Der Sozialpolitik reicht die Definition gesellschaftlicher Probleme, um einen Bedarf für Transferleistungen zu definieren. Die Hegemonie des Sozialen über die Fachdisziplinen hat oft bedenkliche Folgen gezeitigt, die allerdings selten gesellschaftskritisch untersucht wurden. Insbesondere die Stadtplaner konnten sich nach dem Krieg als die wahrhaft berufenen Gesellschaftspolitiker verstehen. Die Stadtplanung erreichte es, wichtige Gegenkräfte auszuschalten und mit einer unkontrollierten Omnipotenz die Lebensverhältnisse einer Stadt neu zu ordnen. In Berlin sind durch die Planung idealer Ordnungen Ghettos und soziale Brennpunkte entstanden.

Auch die Schulpolitik stand schon seit langem unter sozialpolitischem Druck. Davon zeugt die Permanenz der Reformen. Der Gedanke einer sozialpolitischen Intervention schien allemal vernünftig zu sein, weil es immer deutlicher wurde, dass die Schule angesichts des Versagens der Familie eine Art sekundärer Intervention anzubieten hat. Schulreformen sollten garantieren, mehr bildungsferne Kinder im Bildungsprozess »mitzunehmen«. Ein probates Mittel schien da immer, Bildungsangebote »niederschwellig« darzubieten. Gesamtschulen sollten den Selektionsdruck mildern und durch eine höhere Flexibilität die Durchlässigkeit für Bildungskarrieren fördern. Keine Frage, dass viele finanzielle Investitionen wie die Befreiung von Studiengebühren und das Bafög vielen Schülern aus der Provinz oder aus der Arbeiterklasse den Weg zum Studium gebahnt haben. Auch die unübersehbare Zahl an Integrationsangeboten weist klar erkennbare Erfolge aus. Aber alle diese sozialpolitischen Determinanten der Schulpolitik haben auch den Preis für solche Veränderungen deutlich gemacht: Immer war eine Senkung des schulischen Niveaus damit verbunden, und die Frage der Elitenbildung, heutzutage Exzellenz genannt, blieb offen.

Die gesellschaftliche Realität dementiert brutal die Scheinevidenz des sozialpolitischen Bildungsarguments: Alle neueren Studien zeigen, dass sich die sozialen Unterschiede im Bereich der Bildung verschärfen, obwohl seit Jahrzehnten durch Reformen ein egalitäres Bildungsangebot verfolgt wird. Je sozialer das Schul- und Universitätswesen organisiert ist, desto schärfer fallen die sozialen Unterschiede aus. Je mehr ein egalitär ausgerichtetes Schulsystem Kinder aus »bildungsfernen« Schichten nach oben bringt und die Curricula und Unterrichtsmethoden ihnen angepasst, desto mehr zählt die Herkunft. Kinder, deren Eltern eine Bibliothek besitzen, die ihnen am Bett etwas vorlesen, haben einen uneinholbaren Vorteil. Diese Eltern fliehen aus dem staatlichen Schulsystem und ziehen Privatschulen vor. Internate oder Studienplätze an ausländischen Eliteuniversitäten kommen auch in den Blickpunkt normaler Mittelklassenfamilien. Die Suche nach der besonderen Bildung setzt inzwischen schon bei der Wahl der Kindergärten an. Es geht

dabei nicht nur darum, dass Eltern mit einem bildungsbürgerlichen Hintergrund ihren Kindern einen entscheidenden Vorteil verschaffen. Sie kämpfen auch umso engagierter um diesen Vorteil, je mehr der Bildungssektor sozialpolitischen Forderungen unterworfen wird: Die bildungsbürgerlichen Eltern setzten sich mit großer Energie von einer wachsenden Unterschicht ab.

Wir haben keine Klassengesellschaft mehr, sondern den Widerspruch zwischen bildungsbürgerlichen Schichten und bildungsfernen Schichten. Im konkreten Fall, auf dem Kampffeld vor der Kita, in der Schule und am Zugang zur Universität, verhalten sich diese bildungsbürgerlich orientierten Eltern gänzlich asozial, obwohl sie zumeist in ihrem Selbstverständnis sozial gesinnt sind. Sie wollen ihre Kinder nicht in Klassen mit vielen Ausländerkindern sehen, obwohl sie für die Integration und die multikulturelle Gesellschaft sind. Es hat sich herumgesprochen, wie sehr grüne Eltern diese Schizophrenie praktizieren. Die Absurdität ist nun, dass es gerade diese bildungsbürgerlichen Schichten sind, die einerseits eine sozialorientierte integrierende Bildungspolitik zu tragen haben, die aber um der eigenen Kinder willen das Problem verschärfen, das sie lösen sollen. Es zeigt sich: Der bildungspolitische Egalitarismus der Sozialpolitik verschärft die Elitebildung.

Wer die Herausbildung von Eliten für wichtig hält, könnte darin eine Liste der Vernunft entdecken. Doch damit ist das Problem bei weitem nicht erfasst. Je mehr Bildung, Integration und Familie in den Bannkreis der Suprematie der Sozialpolitik gerät, desto weniger ist das System fähig, autonome Bildungsziele zu entwickeln. Die Sozialpolitik entwertet die Bildung, mit dem Ergebnis, dass die Universitäten das Abitur nicht mehr für ausreichend halten und Aufnahmeprüfungen verlangen. Hier setzt der Zirkel ein, die Selbstinduktion der Sozialpolitik. Je mehr sie trotz ihrer Transferleistungen beobachtet, dass sich die Eliten absetzen und damit die Anzahl der Ausgeschlossenen vergrößert, desto mehr Sozialpolitik ist nötig: Der Transfer generiert die Vermehrung des Transfers.

Wenn wir nicht wissen, was Bildung sein soll, warum und mit welchem Ziel sich Menschen bilden sollen, kann es auch keine Emanzipation durch Bildung geben. Bildung verlangt einen Kanon, einen Horizont von Ansprüchen. Während die Sozialpolitik niederschwellig organisiert sein muss, setzt die Bildung ihrem Wesen nach hohe Schwellen, stellt Forderungen, hat Ansprüche. Sie verlangt notwendigerweise viel von den Menschen. Daher schließen sich beide Politiken wechselseitig aus. Werden sie vermischt, ist es die Bildungspolitik, die im Zweifelsfall verliert: Eine von Sozialpolitik infizierte Bildungspolitik instrumentalisiert die Bildung, sie vernichtet gerade die integrative und emanzipatorische Kraft, die in der Bildung steckt.

Wenn man vielgestaltige Betreuungslandschaft betrachtet und beobachtet, wie sich die Betreuer durch niederschwellige Angebote, grenzenloses Verstehen und Identifikation mit den Bedürfnissen sich ihrer Unterschichtklientel anpassen, dann erscheint das wie eine Karikatur des Engagements der antiautoritären Bewegung für die Abweichenden und Ausgegrenzten. In der Tat hallt im heutigen Sozialstaat ein letztes Echo aus den wilden Tagen der Achtundsechzigerbewegung. Sie spielte eine wichtige Rolle in der Ex-

pansion des Sozialstaates zu seiner heutigen Totalität.

Die Entwicklung vom Sozialversicherungsstaat mit Generationenvertrag zum Wohlfahrtsstaat kennzeichnet alle Industriestaaten. Seit Ende der fünfziger Jahre wurde Schritt für Schritt die Sozialhilfe von der diskriminierenden Armenfürsorge in ein System sozialer Rechte transformiert. Die Achtundsechzigerbewegung, die in ihrem zentralen Aktionsbegriff immer in der Konfrontation mit dem Staat stand, entwickelte eine wachsende Ambivalenz: Der repressive Staat musste bekämpft werden – der gute Staat, der Sozialstaat, konnte nicht groß genug sein. In den siebziger Jahren setzte ein massiver Wandel ein: Nachdem die Revolution zusammen mit der Revolutionstheorie endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet war, blieb die »revolutionäre Berufspraxis«. Die antiautoritäre Generation, die begonnen hatte, »dem Volke zu dienen«, ließ sich mit all ihren sozialpädagogischen und sozialpsychiatrischen Projekten, Initiativen, Stadtteilgruppen von dem Sozialstaat aufsaugen, der dabei war, seine soziale Dienstleistungsseite auszubauen.

In der Bundesrepublik bedeutete diese Verstaatlichung einen folgenreichen historischen Kompromiss zwischen dem Staat und der staatsfeindlichen antiautoritären Generation. Dieser Kompromiss sollte auf lange Zeit das Selbstverständnis der Republik prägen. Zwei Gründe sind entscheidend: Zum einen setzte die Bewegung an einem Punkt an, an dem die Gesellschaft das Verhältnis von normal und verrückt, angepasst oder abweichend, selbstständig oder hilfebedürftig definiert. Das Engagement an der Schlüsselstelle gesellschaftlicher Werteentwicklung musste eine gewaltige Wirkung haben. Die Marschierer durch die Institutionen kümmerten sich um die Ausgegrenzten, Abweichenden und Kriminellen und traten an, ihre »totalen Institutionen« zu negieren und zu zerbrechen. Zum anderen wurden auf die Abweichenden und Ausgegrenzten hohe Erwartungen projiziert. Sie repräsentierten ein unerlöstes gesellschaftliches Potential, ein Rebellentum, das auf Veränderung der Gesellschaft drängt. Dahinter stand eine optimistische Anthropologie, wonach der Mensch im Prinzip gut ist und nur die gesellschaftlichen Bedingungen böse sind. Dieser gesellschaftspolitische Glutkern innerhalb der staatlichen Sozialpolitik motivierte die Expansion staatlicher Dienstleistungen.

Irgendwann in den achtziger Jahren kam diese optimistische Anthropologie abhanden. Der große Bereich der »abweichenden Mehrheit« mit all ihren antiinstitutionellen Projekten verschwand aus dem Fokus der Öffentlichkeit – aber der Sozialstaat war schon auf Expansionskurs und betrieb die materielle, inhaltliche und institutionelle Ausweitung zur allgemeinen Daseinsfürsorge. Übrig blieb die Legitimierung der Ausbeutung des Transfers, zu deutsch: »das Abzocken von Staatsknete«. Allgemein gesehen betrieb der Sozialstaat keine Gesellschaftspolitik mehr, sie geschah einfach.

Der Sozialstaat marschierte gewissermaßen ungehemmt auf eine allgemeine Daseinsfürsorge zu. Vermutlich waren es die ununterbrochenen Sparrunden seit der Ölkrise 1973, die dazu führten, sich von dem Totalanspruch der Daseinsgestaltung zu trennen. Vielleicht spielte da auch die Einsicht eine

Rolle, dass es den Staat selbst gefährdet, wenn er die Lebenswelt verstaatlicht. So verwandelte sich der Sozialstaat in eine Transferverwaltung mit ständig wachsenden Kontrollbürokratien, Verschriftlichungstendenzen und steigender Komplexität. Die Arbeit mit dem Menschen wurde dem freien Markt der Sozialunternehmer überlassen. Das bedeutet, dass der Staat keine unmittelbar inhaltlichen Erfahrungen mehr machen kann, inwiefern etwas gut oder schlecht läuft. Jede Kritik wird in dieser Komplexität abgestumpft. Über dem Sozialstaat schwebt eine Botschaft von der prinzipiellen Vergeblichkeit aller Reforminterventionen.

Als das maßgebende Solidarsystem hat der Sozialstaat Solidarität fast vollständig entpersonalisiert. Was das für eine Solidarität sein kann, die keinerlei persönliche Elemente mehr besitzt, wird nicht hinterfragt. Der Sozialstaat kompensiert nicht nur den Solidaritätsverlust in den Familien und Nachbarschaften, er prämiert tendenziell auch den Soziopathen. Auch zwischen Gebern und Nehmern im Transfersystem existiert überhaupt keine soziale, ja nicht einmal eine symbolische Beziehung. Wenn das Steuergeld in anonymen Apparaten verschwindet, um dann wieder als Entgelte in den Sozialunternehmen aufzutauchen, dann ist die wichtigste Sehne der Verantwortung, wodurch Werte, Pflichten und Empathie entstehen könnten, zerschnitten.

Die soziale Kälte steckt im Herzen des Sozialstaats. Diese Erfahrung erreicht die Menschen nicht durch öffentliche Debatten, sondern durch osmotischen Druck. Die Bereitschaft einer wachsenden Zahl von Bürgern wächst, eine zivilgesellschaftliche Ebene des sozialen Engagements zu erreichen. Selbst in der Sozialstaatsstadt Berlin arbeitet jeder zweite Erwachsene ehrenamtlich. Es wird Zeit, den ideologischen Panzer der politischen Korrektheit abzuwerfen und auch von den »Ärmsten der Armen« Pflichten einzuklagen; es ist mithin auch Zeit, dass die Kommunen die sozialstaatliche Entfremdung ihres kommunalen Lebens aufkündigen. Wie wäre es, wenn alle sozialen Leistungsgesetze mit einer Frist ihrer Gültigkeit versehen werden, so dass der Bundestag regelmäßig über Erfolge oder Misserfolge verhandeln muss und mithin überhaupt einmal eine kritische Öffentlichkeit entstehen könnte?

Und dann muss hier noch auf einen Begriff verwiesen werden, der bislang bewusst nicht benutzt wurde: Freiheit. Wirkliche Solidarität gibt es nicht ohne die Freiheit, sich für Solidarität zu entscheiden. Insofern kann der Staat nicht solidarisch sein.